

A7NEU Abschaffung des TSG und Einführung eines Gesetzes zur Regelung von Änderungen des Geschlechtseintrag im Personenstandsregister

Gremium: KV Jena
Beschlussdatum: 14.09.2021
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir bedauern und kritisieren die Entscheidung der SPD-Bundestagsfraktion zur
2 Ablehnung der Abschaffung des Transsexuellengesetzes in der letzten
3 Legislaturperiode.

4
5 Die Jusos Thüringen fordern die sofortige Abschaffung des Transsexuellengesetzes
6 (TSG) von 1980 und die Einführung eines "Gesetz zur Regelung von Änderungen des
7 Geschlechtseintrag im Personenstandsregister". Dieses neue Gesetz soll die
8 aktuellen, menschenunwürdigen Regelungen und Voraussetzungen ersetzen, unter
9 denen eine Person ihren Geschlechtseintrag im Personenstandsregister ändern
10 kann.

11 Nach der Regelung des TSG geht der Prozess über einen sehr langen Zeitraum und
12 ist von der endgültigen Entscheidung eines Gerichts auf der Basis mehrerer
13 [psychologischer] Gutachten abhängig. Dieser Prozess stellt die betroffenen
14 Personen nicht nur vor finanzielle Probleme, die Gutachten und Gerichtskosten
15 aufzubringen, sondern auch vor die Tortur, sich von verschiedenen
16 Gutachter:innen teils entwürdigenden Untersuchungen auszusetzen

17 Ein neues Gesetz muss eine möglichst kostengünstige und psychologisch weniger
18 strapazierende Möglichkeit bieten, die Transition einer Person zu begleiten und
19 im Personenstandsregister umzusetzen.

20 Deswegen fordern wir, dass das Gesetz als Voraussetzung zur Änderung des
21 Geschlechtseintrags im Personenstandsregister nur noch eine Beratung vorsieht.
22 Diese soll bei einer (ggf. nicht-staatlichen) Stelle passieren, in der die
23 Beratung durch Personen durchgeführt wird, die in dem Thema versiert sind
24 und/oder schon selbst die Transition zum eigentlichen Geschlecht durchlebt
25 haben. Der amtliche und bürokratische Teil der Änderung des Geschlechtseintrags
26 im Personenstandsregister soll auf einen einfachen Verwaltungsakt des
27 Bürger:innenamtes der Gemeinde, in der die betroffene Person wohnt, reduziert

28 werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.